

Gewerkschaftsbewegung.

Erbauliches aus einer Unternehmervereinigung.

Eine vor einigen Tagen vor dem Berliner Schöffengericht stattgefundene Verhandlung gegen den Kassierer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände förderte eine Mißwirtschaft zutage und deckte einen Sumpf auf, der so überfliegend ist, daß die sonst sehr sensationellste bürgerliche Presse mit Schweigen darüber hinweggeht, weil es sich eben um einen Unternehmerverband und um führende Unternehmerhandelt. Interessant ist an den Feststellungen, die in dem Prozeß gemacht wurden, daß in dem Bureau des Unternehmerverbandes und bei der Befolgung hoher Angestellter mit den Geldern nicht sparsam umgegangen wird. Man kann es sich ja auch in Unternehmerkreisen leisten; denn die Gewinne sind groß, die man dank der niedrigen Löhne und der Zoll- und Wirtschaftspolitik aus den Betrieben herauswirft.

Die Verhandlungen vor dem Schöffengericht gegen den Kassierer und Buchhalter Schubert führten geradezu zu sensationellen Enthüllungen über fast ungläubliche Zustände im Bureau der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, die hart ans Kriminelle grenzen. Auch manchen Arbeitgeber wird es interessieren, für welche Bedürfnisse er die 200 Prozent Aufschlag auf die Druckkosten der Organisation zu zahlen hatte. Nachdem der Rechtsanwalt des Arbeitgebers, Rechtsanwalt Bohn, festgestellt hatte, daß auch der Vorgänger des beschuldigten Kassierers wegen Unterschlagung von 50 000 Mk. entlassen worden war, erkannte das Gericht unter Zustimmung mildernden Umstände auf eine Strafe von 8 Monaten Gefängnis, weil die Kontrolle eine so mangelhafte war. Der Angeklagte Schubert hat zu seiner Verteidigung u. a. folgende Erbaulichkeiten zu Protokoll gebracht:

Für jegliche kaufmännische Buchführung und Leitung fehlte den Geschäftsführern jegliche Kenntnis, weil für die sogenannten leitenden Angestellten fast nur Diktierer herangezogen wurden.

Im November 1923 wurde der Kassierer entlassen, angeblich wegen Unfähigkeit. Der Hauptgrund seiner Entlassung waren jedoch seine Mahnungen zur Sparmaßnahme. Er sprach oft über die kolossale Verschwendung der Geldmittel und betonte, daß er die Dinge nicht länger mehr so ruhig mit ansehen würde. Nach seinem Abgang bekam Sch. den Posten des Kassierers zu seinem Buchhalterposten. Trotz sehr großer Arbeitsleistung hörte er kein Wort der Anerkennung; im Gegenteil, er wurde von allen Herren immer gehöhnt, damit sie ihre Gehälter nur zur rechten Zeit ausgezahlt erhielten. Sie waren darauf bedacht, soviel Geld wie möglich aus der Firma zu ziehen. Obwohl das Gehalt der drei Geschäftsführer zusammen etwa 6000 Mark monatlich (!) betrug, hatte Sch. immer noch Vorläufer, die ebenfalls in die Tausende gingen, zu verwalten. Außer ihrem Gehalt erhielten die leitenden Beamten dann noch besondere Zuwendungen, die aber nicht über das Gehaltskontingent lausen durften, um damit nicht der Einkommensteuer zu unterliegen.

Schwarze Fonds wurden gegründet, bei denen innerhalb einiger Wochen, infolge Rundschreiben an die angeschlossenen Verbände und Firmen, Hunderttausende einlagen, angeblich, um für einen gemeinnützigen Zweck verwendet zu werden. Ein Teil wurde jedoch zu weiteren Vorläufen und Darlehen genommen. Über Dienstreisen wurden nie Belege beigebracht, meist wurde irgendeine Summe genannt. Wenn Sch. dann erwähnte, daß noch Geld zurückzuführen wäre, da die Reisekosten unter dem gezahlten Voranschlag blieben, wurde die Reise einfach teurer eingeschätzt. Beim Befolgen der Fahrkarten zweiter Klasse mußte gleichzeitig der Preis für die erste Klasse festgesetzt und dann in eine Liquidation eingeschickt werden. Tag für Tag wurden Sitzungen in den bestrenommierten und luxuriösen Restaurants abgehalten. Die Ausgaben für Dinners und Weine waren hier die Hauptsache. Bei Anlauf von Einrichtungsgegenständen von anderen Firmen wurde von den Geschäftsführern der größte Teil der Möbel, besonders Klaviersessel und Büchereischränke, für einen lächerlich geringen Preis privat auf gekauft. Die übrigen Bureaumöbel wurden dann zu dem entsprechend höheren Preise gekauft. Alle diese Handlungen sind sämtlich ohne Wissen der angeschlossenen Verbände geschehen. Um die großen Ausgaben dann zu decken, wurden den angeschlossenen Mitgliedern die Druckkosten und Broschüren, auf die sie als Beitzugszahlende doch zumindest zum Herstellungspreise Anspruch hatten, mit einem Aufschlag von 100 bis 200 Prozent verkauft. Es muß immer wieder betont werden, daß kein Mitglied der Geschäftsführung irgendeine Auskunft in Kassen- oder Buchhaltungssachen geben konnte. Mehrere Male wurde Sch. zur Verschwiegenheit verpflichtet und auch sonst um Stillhalten gebeten. Nur immer Geld und wieder Geld war die Lösung. Alle waren bei jeder Gelegenheit nur darauf bedacht, wie am besten Geld für eigene Rechnung herauszuschlagen sei. Die monatlichen Ausgaben an Gehältern betragen: für drei Geschäftsführer 6000 Mk. oder je 2000 Mk. monatlich; für neun weitere Geschäftsführer 6000 Mark oder je 670 Mk. monatlich; für 45 Angestellte 7000 Mk. oder je 155 Mk. monatlich.

Das ist der Spiegel unserer Kapitalisten und ihrer Interessenvertreter, die bei jeder Lohn- und Gehaltsbewegung davon sprachen, daß die „Wirtschaft“ eine weitere Erhöhung der Löhne nicht tragen könne. Die Herren Geschäftsführer des Unternehmerverbandes erhalten monatlich je 2000 Mk. Gehalt, ohne die hohen Spesen und sonstigen Vergünstigungen, die sie zu erlangen wissen. Dagegen werden 45 Angestellte mit je 155 Mk. monatlich abgefunden. Das entspricht durchaus der Lohn- und Gehaltspolitik, wie sie von der Unternehmervereinigung vertreten wird. Für die an der Spitze der Unternehmen stehenden Riesengiganten, und für unten, wo die eigentliche produktive Arbeit geleistet wird, Hungerlöhne. So soll

es nach dem Willen der Unternehmer und ihrer hochbezahlten Syndikate sein und bleiben. Daß es anders wird, dafür möge die organisierte Arbeiterschaft sorgen.

Was steht den Straßenbahnern bevor?

Mit dem Austritt des Rates aus dem Arbeitgeberverband für Straßen- und Kleinbahnen wurde auch die Belegschaft der Leipziger Straßenbahn unter den für kommunale Straßenbahnen bestehenden Tarif gestellt, der im Jahre 1923 abgeschlossen und 1924 verlängert wurde. Gezwungen durch die Auswirkungen der Inflationsperiode auf die Belegschaft und aus Rücksicht auf die innenwirtschaftliche Lage der Betriebe unterschrieb damals der Deutsche Verkehrsband diesen Tarif. Besteht nun die Notwendigkeit, diesen Tarif auch in der heutigen Zeit noch bestehen zu lassen? Diese Frage ist bei dem jetzigen Stand der Straßenbahnen wohl ohne weiteres zu verneinen und zu betonen, daß ein solcher Notarist heute keine Berechtigung mehr hat. Der Tarif lief am 30. September d. J. ab. Freie Verhandlungen zwischen den beiden Parteien, die in Bremen stattfanden, verliefen ergebnislos. Darauf wurde vom Arbeitgeberverband für kommunale Straßenbahnen das Reichsarbeitsministerium angerufen. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, der sich nur aus Verschlechterungen für die Leipziger Straßenbahner zusammensetzt.

Nach dem Schiedsspruch soll die Arbeitszeit durchschnittlich acht Stunden betragen, ohne die Wendepausen an den Endstationen. Es sollen die notwendigen Pausen, um die Rangierbewegungen an Endstationen auszuführen und die Fahrkarteneinträge vornehmen zu können, nicht in die achtstündige Arbeitszeit eingerechnet werden. Diese Arbeitsleistung soll nur mit 30 Proz. Arbeitszeit vergütet werden; für geleistete Arbeit soll also der Straßenbahner in Zukunft nicht mehr voll bezahlt werden. Die Ruhezeit zwischen zwei Dienstschieben soll acht Stunden betragen, währenddem sie bisher zehn Stunden betrug. Auch in der Gewährung von Urlaub bringt der Schiedsspruch wesentliche Verschlechterungen. Bisher erhielten die Leipziger Straßenbahner nach dem ersten Dienstjahr drei Arbeitstage, nach dem dritten sieben, nach dem fünften vierzehn und nach dem zehnten achtzehn Arbeitstage Urlaub. Nach dem Schiedsspruch sollen sie erhalten: nach dem ersten Jahr vier, nach dem dritten sieben, nach dem fünften zehn, nach dem zehnten vierzehn, nach dem zwanzigsten siebenzehn Arbeitstage. Weitere Verschlechterungen sind der Wegfall aller Zuschläge, Beseitigung der Führerprämien und das Fehlen der Krankenversicherungsbeiträge durch den Arbeitgeber sowie Verkürzung der Vorbereitungs- und Nachbereitungszeiten und Abschneidung der Berechnungszeiten. Der Schiedsspruch ist also eine einseitige Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Leipziger Straßenbahner.

Wenn der Schiedsspruch Geltung erhalten sollte, würde eine verlässliche Anzeigmöglichkeit in der Wagenfolge auf den einzelnen Straßenbahnlinien eintreten. Außerdem würde die Betriebssicherheit stark gefährdet. Da die Endstationen nicht mehr als volle Dienst auf die Arbeitszeit angerechnet werden sollen, müßten die Straßenbahner im eigenen Interesse auf Verkürzung der Endstationenpausen hinwirken, wolle sie nicht täglich mehr als eine Stunde ohne Bezahlung arbeiten. Die Folge davon wäre, daß etwa eingetretene Verspätungen nicht mehr ausgeglichen werden könnten. Jeder Führer würde versuchen, um den Verkehr nicht in Unordnung zu bringen, den Ausgleich der Verspätung durch schnelleres Fahrtempo herbeizuführen. Dadurch würde selbstverständlich die Betriebssicherheit stark gefährdet. Durch Verkürzung der Nachtruhe, wie sie in dem Schiedsspruch vorgesehen ist, würden diese Straßenbahner nur noch einige Stunden Schlaf finden. Die mangelhaften Wohnverhältnisse zwingen viele, weitab von ihrer Dienststelle zu wohnen. Sie sind gezwungen, bei Früh- oder Spätdienst den Weg zu Fuß zurückzulegen, wodurch sie infolge der stark verkürzten Nachtruhe natürlich nicht mehr den Anforderungen des schweren Dienstes gewachsen sein können, wie sie bei dem Großstadtdienst an den Straßenbahnen gestellt werden. Dadurch muß die Betriebssicherheit zum Schaden des Fahrpersonals und des fahrenden Publikums stark beeinträchtigt werden. Daß durch die finanziellen Verluste, die die Straßenbahner durch den neuen Tarif an ihrem Einkommen erleiden, die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse noch mehr eingeschränkt werden muß, braucht wohl nicht besonders noch hervorgehoben zu werden. Und alle diese Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in einer Zeit, wo die Leipziger Straßenbahn wirtschaftlich sehr gut dasteht! Die Bevölkerung Leipzigs muß ein großes Interesse an ausreichender Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen des Personals der Leipziger Straßenbahn haben, da ja von dessen Arbeitsfähigkeit und Umsicht die Sicherheit im Straßenbahnverkehr für Fahrgäste und Straßenpassanten abhängt. Der Rat aber möge sich seiner großen Verantwortung bewußt sein und mehr soziales Verständnis als bisher gegenüber den Forderungen der Straßenbahner aufbringen. Er mag sich dessen bewußt sein, daß es zu schweren Erschütterungen des Betriebes der Straßenbahn kommen kann, wenn verlustet werden sollte, den Leipziger Straßenbahner den im Schiedsspruch enthaltenen Verschlechterungen aufzuzwingen.

Drohende Generalaussperrung in der Kölner Textilindustrie.

SPD. Köln, 16. Oktober. Der Kölner Textilindustrie droht eine Generalaussperrung. Im Einverständnis mit den Gewerkschaften sind in einzelnen Betrieben die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer eine Zusage über eine Neu-

regelung der Lohnverhältnisse nicht gehalten haben. Daraufhin wurde dem Deutschen Textilarbeiterverband von der Unternehmerorganisation folgender Brief zugesandt: „Wie unsere Mitglieder und Mitarbeiter, wird bei unserer Mitgliedsfirma Peters & Co. seit Freitag gestreikt. Bei den Firmen Chr. Andrae und Trommel, Weich u. Co. sind auf Anweisungen der Gewerkschaften Massenkündigungen erfolgt. Wenn Sie etwa mit diesen Maßnahmen beabsichtigen, durch Befreiung einzelner Firmen den Gesamtverband gefährlich zu machen oder zu sprengen, so bin ich beauftragt, Ihnen auf Grund einstimmigen Beschlusses der Mitgliederversammlung mitzuteilen, daß auch unter Mitglieder zu einer Aktion, jedoch zu einer solchen, die sich auf alle Firmen ausdehnen wird, überzugehen entschlossen sind, falls wir nicht bis Freitag, den 16. d. M., mittags 12 Uhr, im Besitz eines befriedigenden Beschlusses Ihrerseits gelangt sind.“ Der Brief der Unternehmerorganisation hat auf die Gewerkschaften nicht den geringsten Eindruck gemacht.

Ein Unternehmergekländnis.

Die Braunschweiger Maschinenfabrik Grimme, Katalis u. Co., fabriziert Webmaschinen für die Zigarettenindustrie und versendet zur Propaganda Empfehlungsschreiben, in denen die Maschinen angepriesen werden, wobei auch auf die Arbeitslöhne Bezug genommen wird. Es heißt da u. a.:

„Obenstehende Berechnung ist aufgestellt auf Grund der in Deutschland herrschenden Lohn- und Produktionsverhältnisse. Infolge der augenblicklich niedrigen Arbeitslöhne und des Um-

standes...“ Die Braunschweiger Firma gibt also hier, wo es gilt, ihre Waren an den Mann zu bringen, unumwunden zu, daß die Arbeitslöhne in Deutschland zu niedrig sind. An dieses Zustand muß erinnert werden, wenn wieder im kapitalistischen Lager das Lied von den zu hohen Löhnen angestimmt wird.

Konferenz des IGB mit den Berufssekretariaten.

(IGB.) Am 9. und 10. Oktober fand in Amsterdam eine Sitzung des Vorstands des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt. Die Berufssekretariate waren durch 30 Delegierte vertreten. Als Hauptpunkt gelangte die Zusammenstellung und die Tätigkeit der Internationalen Berufssekretariate zur Sprache. Nach langwierigen Besprechungen, an denen sich die meisten Vertreter der Berufssekretariate beteiligten, beschloß die Konferenz auf Vorschlag Hodges (Bergarbeiter), Shaws (Textilarbeiter) und Craamp (Transportarbeiter) die Einsetzung einer aus vier Mitgliedern der Berufssekretariate und dem Vorstand des IGB. zusammengesetzten Kommission, die einen Bericht ausarbeiten wird, in dem die Regelung der Beziehungen zwischen dem IGB. und den Internationalen Berufssekretariaten genau zu umschreiben ist. Aus der Mitte der Berufssekretariate wurden folgende vier Mitglieder gewählt: Jig (Metallarbeiter), Smit (Privatangehörige), Hodges (Bergarbeiter) und Mater (IT.).

Ferner beschloß die Konferenz einstimmig, an Stelle Cooks, der seinerzeit als provisorischer Sekretär der Bergarbeiter-Internationale in den Ausschuss des IGB. gewählt wurde, Hodges, permanenter Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, anzunehmen.

Als zu Beginn der Sitzung vom 10. Oktober die Kunde vom Hinscheiden von Fred Bramley laut wurde, der Purcell auf der Konferenz vertrat, wurde die Sitzung im Zeichen der Trauer vertagt und die Behandlung der übrigen Punkte an die gewählte Kommission überlassen.

Gestrichelte Lohnverhandlungen der nordwestlichen Gruppe. Nach Mitteilung des Metallarbeiterverbandes sind die Lohnverhandlungen für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie gescheitert, da keine Einigung zwischen den beiden Parteien erzielt werden konnte. Die Arbeitnehmer hatten eine 15prozentige Lohnerhöhung verlangt, während die Unternehmer erklärten, auf einer 10prozentigen Lohnherabsetzung bestehen zu müssen.

Streik der Gold- und Silberarbeiter in Gera. Die Gold- und Silberarbeiter Geras streiken wegen Lohnunterschieden im Streik. Zugang ist fernzuhalten.



Schleich's Lavendel-Soife

CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH in BERLIN NW6
Generalvertreter: Martin May, Leipzig
Promenadenstraße 31 / Telefon-Nr. 12849

Haarausfall, kahle Stellen oder Kahlköpfigkeit sind ungesund! die Anwendung von Capitol-Haarwasser hat beste Erfolge. Allein echt König-Salomo-Apotheke (Ecke Nikolaistraße). Postversand nach auswärts. Grimmelstraße 17

Pörsch & Kornills

Altestes Spezialhaus am Platze Leipzig, Grimm. Straße 2-4 (Mädler-Passage)

sind führend mit ihrer enormen Reichhaltigkeit in den allerletzten

Herbst-Neuheiten

Wir lassen das nachstehende Angebot für sich selbst sprechen und offerieren:

Sopelne , reine Wolle, doppeltbreit, in den neuesten Farben, für Kleider	2 ²⁵	Karos , reine Wolle, in den letzten Ausmusterungen für Kleider und Röcke	3 ⁷⁵ 5.50 4.25	Mantelstoffe , starke Strapazierware, für den warmen Wintermantel, 130/140 cm breit	3 ⁷⁵ 7.90 6.50	Körper-Samte , die große Mode für das Gesellschaftskleid, flordest, erstklassige Qual., in allen Modenfarben, 70 cm breit	6 ⁷⁵ 10.50 9.50
Rips , reine Wolle, in d. neuesten Modenfarben: lavendel, lila, fuchsia, für Kleid. und Kostüme, beste Qual., 130 cm breit	8 ⁵⁰ 10.50 9.75	Woll-Velours , schöne, weiche, mollige Qualität, in einfarbig und gemustert, f. Mäntel, 130 cm breit	7 ⁵⁰ 10.50 9.75	Seal-Füsch , tielischwarze, hochelegante Qualitäten 125 cm breit	16 ⁵⁰ 21.00 18.75	Herrenstoffe , in großer Auswahl, von der einfachsten bis zu der elegantesten Ausführung	6 ⁵⁰ 16.75 13.50 9.75

Bitte beachten Sie unsere 9 großen Schaufenster, die Spiegelbilder unserer Leistungsfähigkeit. — Besuchen Sie uns ohne Kaufzwang!